

Vor der Wahl in NRW

Durchhalteparolen

Die Woche der Entscheidung beginnt mit einem Hoffnungsschimmer für Rot-Grün. Dass der schwarz-gelbe Vorsprung in NRW minimal schrumpft, gilt den unglücklichen Wahlkämpfern um Peer Steinbrück schon als gute Nachricht.

Man wird bescheiden bei der SPD. Und die Hoffnung, der Amtsinhaber könnte seinem Herausforderer Jürgen Rüttgers heute im TV-Duell einen Überraschungs-K.o. verpassen, stirbt zuletzt. Doch das wäre fast ein Wunder, ebenso wie eine Trendwende.

Nach einem schwarzen Sieg am Sonntag werden sich Schröder und Müntefering voll darauf konzentrieren, ihren Laden zusammenzuhalten. Durchhalten, das ist ihre letzte Chance für 2006 – und abwarten, dass eine siegestrunke Union Fehler macht. Ausgeschlossen ist das nicht, und Zeit dafür ist auch genug. Die Rivalitäten um Merkel und Stoiber, Koch und Wulff sind immer für einen Ausbruch gut. Ein selbstbewusster Wahlsieger Rüttgers käme als Unbekannter hinzu. Ob er es schafft, das wird am Sonntag entschieden. Aber noch nicht, ob der Kanzler am Ende ist.

Matthias Maus

Lohnrückerei durch Zeitarbeit

Rot-Grüne Heuchelei

Eigentlich war es ja gut gemeint von der Regierung: Wenn die Unternehmen Leiharbeiter unbefristet beschäftigen können, wird Zeitarbeit für sie attraktiver. Sie greifen öfter darauf zurück. Das erhöht die Chancen für die Leihbeschäftigten, irgendwann in einen regulären Job zu rutschen.

Nun aber drehen die Firmen den Spieß um: Um die Kosten zu drücken, werden reguläre Stellen durch Zeitarbeit ersetzt. Dauerleihbeschäftigte arbeiten weit unter Branchentarif, manche bis zu 250 Stunden im Monat, um überhaupt von ihrem Lohn leben zu können.

Im Sinne des Erfinders ist das nicht. Rot-Grün müsste dem Missbrauch schnell einen Riegel vorschieben. Dass die Regierung es nicht tut, lässt nur einen Schluss zu: Insofern ist es ihr Recht, dass auf diesem Weg die Tarifstrukturen durch die Hintertür ausgehöhlt werden. Dieselben Politiker, die lauthals den Turbokapitalismus anprangern, leisten ihm hier erst durch ein Gesetz Vorschub – und dulden dann dessen Missbrauch. Das ist heuchlerisch. Die Gewerkschaften sollten sich wehren – im Interesse aller Beschäftigten.

Andreas Jalsovec

und der Nato bekannt“, sagt ein Sprecher.

Nur in drei Staaten – Belgien, Italien und der Schweiz – gab es nach Andreottis Enthüllungen Untersuchungsanschlüsse. Doch deren Ergebnisse hatten es in sich. „In Notfallsituationen“ sollten die Einheiten auch zu Friedenszeiten aktiv werden, fand Ganser in Italien heraus: „Ziel war die Verhinderung der Beteiligung der Kommunisten an der Macht.“ Ein geständiger Rechtsterrorist sagte aus: „Anschläge sollten das italienische Volk dazu bringen, den Staat um größere Sicherheit zu bitten.“

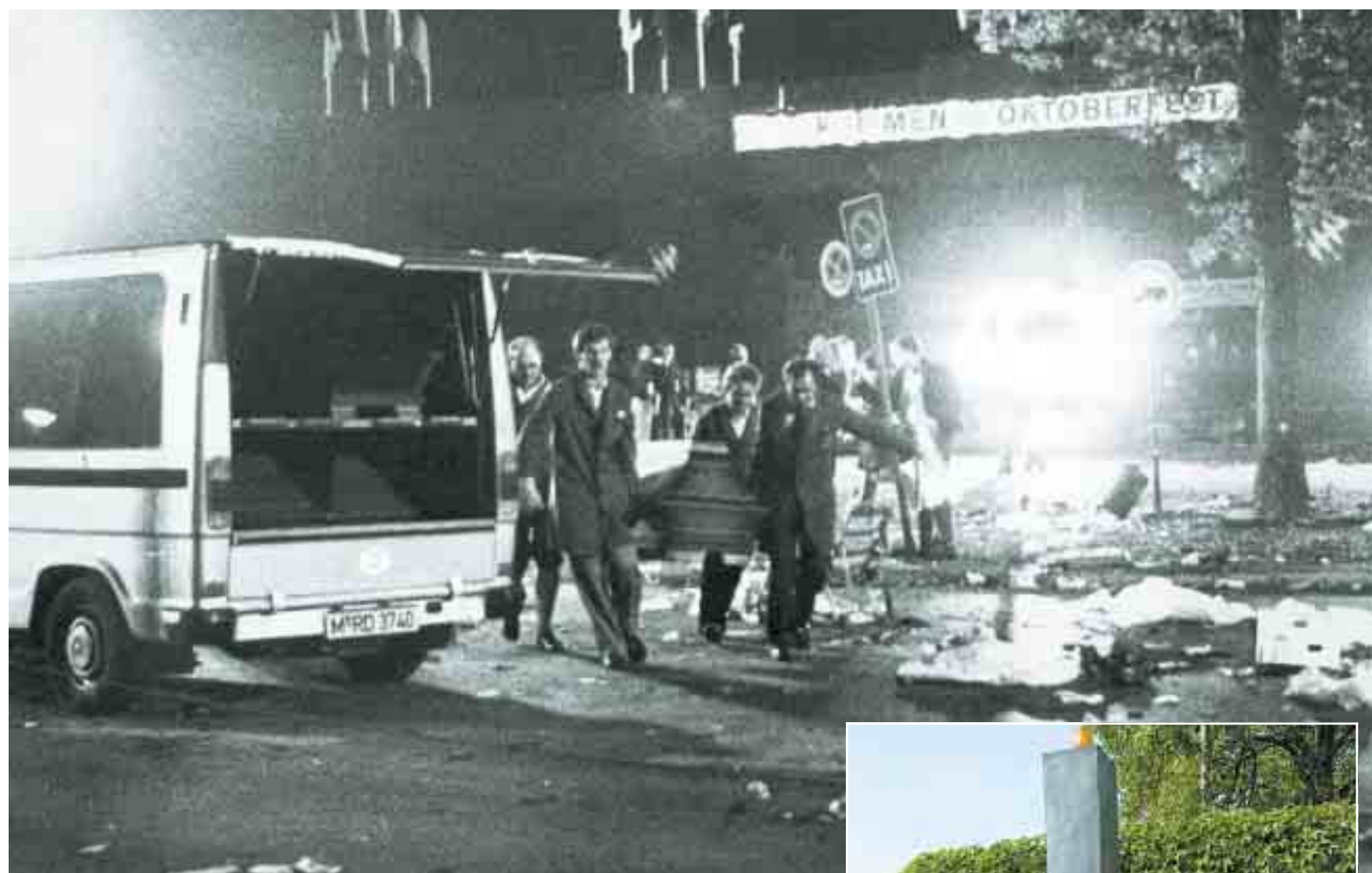
Man nannte das die „Strategie der Spannung“, die das Volk durch Terror in Angst versetzt und nach einem starken Staat rufen lässt. „Man musste Zivilisten angreifen“, so der Terrorist Vincenzo Vinciguerra. „Männer, Frauen, unschuldige Menschen, die weit weg vom politischen Spiel waren.“ So kam es ab 1969 zu einer Anschlagsserie in Italien, die mit der Bombe im Bahnhof in Bologna ihren blutigen Höhepunkt fand. 85 Menschen starben dabei, im August 1980 war das – einen Monat vor dem Anschlag auf der Wiesn.

Auch in Deutschland gab es Geheimarmeen und Waffenlager der antikommunistischen Krieger. Schon in den fünfzi-

ger Jahren hatte sich ein SS-Mann der Kripo gestellt und sich als Teil einer 100 Mann starken Einheit zur Kommunistenbekämpfung zu erkennen gegeben. Die CIA hatte vor allem Ex-Nazi-Offiziere angeworben. Im Zuge der Ermittlungen stieß man auf eine Gruppe, die schwarze Listen mit SPD-Politikern führte, die im Falle eines Russen-Angriffs „ausgeschaltet“ werden sollten. Doch die Behörden hängten den Fall erstaunlich tief, später wurden die Kommandos dem BND unterstellt.

Ganser glaubt, dass sich Rechts-Terroristen in mehreren Fällen aus den Waffendepots bedient haben – womöglich auch im Fall des Wiesn-Attentats. Nach dem Anschlag verweisen Freunde von Köhler auf den Namen von Heinz Lembke, eines bekannten Rechtstextremisten. Der hatte sich gerühmt, Neo-Nazis an Waffen und Sprengstoff auszubilden. Die Polizei fand 1981 in der Lüneburger Heide 33 Depots mit Schusswaffen, 156 Kilo Sprengstoff, 50 Panzerfäusten und 258 Handgranaten – womöglich Depots der antikommunistischen Guerillas. Woher Lembke die Waffen hatte, wollte er dem Staatsanwalt sagen. Doch in der Nacht vor der Vernehmung starb er in seiner Zelle. Erhängt, Selbstmord, hieß es.

Ungereimtheiten sind das, Indizien, sagt Ganser. Hinweise aber, denen man im Fall des Wiesn-Attentats hätte nachgehen müssen. Doch die Einzeltäter-Theorie passte einigen besser ins Konzept. Nach dem Anschlag hatte Bayerns Ministerpräsident und CSU-Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß zunächst Linksterroristen verantwortlich gemacht. Doch als der rechtsradikale Hintergrund von Köhler bekannt war, platzte die Strategie. Am 5. Oktober 1980, zehn Tage nach dem Anschlag, verlor Strauß die Wahl gegen Kanzler Helmut Schmidt.



Schwarzer Freitag in München: Am 28. 9. 1980 ging nahe dem Wiesn-Haupteingang um 22.17 Uhr eine Bombe hoch – 13 Tote, 211 Verletzte. Als Attentäter wurde ein Rechtsextremist gehandelt. Jetzt gibt es ein neues Dossier über die Bluttat.

Wiesn-Attentat Geheimarmee unter Verdacht

Neue Spur – 25 Jahre danach. Wird jetzt wieder ermittelt?

VON JOHANNES LIEBERER

Ein Zischen, eine Feuer säule, ein Knall und dann Totenstille. Leichen, Blut, Chaos. Das sind die Eindrücke, die sich festgebrannt haben in den Köpfen der Überlebenden, der Gezeichneten, der Schwerverletzten vom Münchner Oktoberfest-Attentat 1980. Die Akten sind längst geschlossen ein Vierteljahrhundert später. Die Version vom Einzeltäter, vom rechtsradikalen Wirrkopf Gundolf Köhler ist die offizielle. Doch die Zweifel sind nie verstummt. Jetzt gibt es neue Spuren. Sie führen in die bizarren Tiefen des Kalten Krieges, in die Zentrale der westlichen Sicherheitsarchitektur – bis hin zur Nato.

Im September ist es 25 Jahre her, als an einem lauen Freitagabend nahe dem Haupteingang der Theresienwiese eine Bombe hochging. Um 22.17 Uhr zerriss die Wucht von 1,39 Kilo Sprengstoff 13 Menschen, 211 wurden teils sehr schwer verletzt. Am Tatort fanden die Ermittler auch eine Hand – wie sich herausstellte, war es die von Gundolf Köhler. Der 21-jährige stand direkt neben dem Papierkorb, in dem der Sprengsatz versteckt war.

Die Soko „Theresienwiese“ im Bayerischen Landeskriminalamt (LKA) brauchte auch nicht lange, um den Mann aus Baden-Württemberg als Täter zu identifizieren und ihn einzuordnen. Er hatte Kontakte zur rechtsradikalen „Wehrsportgruppe Hoffmann“, die in Bayerns Wäldern „Übungen“ abhielt. Köhler hatte auch selbst mal Handgranaten gezündet.

Ein Sprengstoff-Fetischist sei er gewesen, heißt es im Abschlussbericht – mit „unkontrolliertem Hass auf die Umwelt“. Ganz ohne fremde Hilfe habe er den Sprengsatz aus einer umgebauten Werfer-Granate hergestellt: „Nach dem vorliegenden Ermittlungser-

gebnis ist festzustellen, dass Gundolf Köhler allein als Attentäter gehandelt hat.“

Das mochten nicht alle glauben. Vor allem nicht Hinterbliebene und Opfer. Zum 20. Jahrestag der Tat nannte es Münchens OB Christian Ude „eine unbestreitbare Tatsache“, dass der Anschlag „nicht nur Tat eines einzelnen Wirrkopfs war“. Der rechtsextreme Hintergrund sei nicht genügend ausgeleuchtet. Aber alle Versuche, den Generalbundesanwalt zur Neuaufnahme der Ermittlungen zu bewegen, schlugen bislang fehl.

Vielleicht denken die Karlsruher Ermittler jetzt neu nach. Grund dafür könnte die Studie von Daniele Ganser sein. Der Professor ist Forschungsgruppenleiter am Zentrum für Sicherheitspolitik der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich. Hier, an einer der renommiertesten Hochschulen Europas, forschte Ganser über ein besonders dunkles Kapitel der Nato und des Kalten Krieges. In einem 315 Seite-Dossier belegt er die Geschichte der „Geheimarmeen der Nato“.

„In 16 westeuropäischen

Staaten unterhielt die Verteidigungsallianz geheime Guerilla-Kommandos und Waffenlager, ohne das Parlamente davon informiert gewesen wären“, sagt Ganser. Gegründet wurden sie nach dem Zweiten Weltkrieg von der CIA. In ständiger Erwartung eines Überfalls der Ostblock-Armeen hatten die Geheimstrategen einen „Plan B“. Nachdem die kommunistische Übermacht über Europa hinweggerollt wäre, so die Vision, sollten diese Kommandos, sogenannte „Stay Behind“-Einheiten, in Aktion treten. Mit Guerilla-Attacks würde den Besatzern zugesetzt, ähnlich wie der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg von den Partisanen auf dem Balkan oder in Russland.

Doch der Russenüberfall kam nie. Die Kommandos jedoch blieben – und nicht untätig. Überall witterten sie kommunistische Verschwörungen und Umtriebe: „In sieben Staaten arbeiteten Angehörige dieser Organisationen mit Terroristen und Verbrechern zusammen“, sagt Ganser: „Sie waren an Staatstreichen und an dem Militärputsch in Griechenland 1967 beteiligt.“



Er war damals 14, verlor zwei Schwestern und wurde schwer verletzt: Franz Platzer 1980 vor dem Mahnmahl. Fotos: Keystone, Werek, dpa

Was wie ein Plot aus einem zweitklassigen Spionagekrimi klingt, kam Anfang der 90er heraus. Ein italienischer Untersuchungsrichter hatte Verbindungen des Militärgeheimdienstes zu einem Autobombenanschlag nachweisen können, bei dem drei Carabinieri gestorben waren. Der damalige Regierungschef Giulio Andreotti musste die Existenz der Kommandos unter Führung des Geheimdienstes zugeben. Man nannte sie „Gladio“, nach dem Kurzsword der römischen Legionen.

Um die Gemüter im Parlament zu besänftigen, wies der mehrmalige Regierungschef nach draußen. In allen anderen europäischen Ländern gebe es ähnliche Einrichtungen, koordiniert von einem Nato-Ausschuss. Natürlich wurde das in Europas Hauptstädten so-

fort demontiert, bis Andreotti genauer wurde: das letzte Stay-Behind-Treffen habe Ende Oktober 1990 in Brüssel stattgefunden. Auch die Bundesregierung musste nun einräumen, dass es ähnliches auch in Deutschland gegeben hatte. Doch was zum Riesenskandal hätte werden können, ging im Getöse des einstürzenden Sowjetreiches und der fallenden Mauer unter. Die Nato demontiert noch heute: „Mir ist keine Verbindung zwischen der Operation Gladio



Bisher als Einzeltäter gehandelt: Gundolf Köhler starb beim Anschlag.



Der Tag nach dem Horror-Anschlag: Die Wiesn blieb geschlossen, für die Opfer wurden Blumen hinterlegt.



Erste Hilfe nach dem Attentat: Feuerwehr und Festbesucher kümmern sich um einen Verletzten.